

## **Parteien wehren sich für Muslime**

Die kantonale SVP hat zurzeit vor allem zwei Gruppen im Visier: einerseits die jugendlichen Rapper, andererseits die muslimische Bevölkerung des Kantons Zürich - und zwar als Ganzes. Eines der Inserate, welches die Volkspartei letzte Woche unter anderem in der NZZ und im «Tages-Anzeiger» geschaltet hat, sorgt nun für Wirbel. Es zeigt Muslime, die in Bern vor dem Bundeshaus beten, und suggeriert, sie würden die Schweizer Werte, Kultur und Traditionen bedrohen. Die SVP rühmt sich im Text, die einzige Partei zu sein, die sich «konsequent gegen die Ausbreitung des Islam» einsetze.

Das provokante Inserat hat SP, CVP, Grüne, EVP, AL gestern veranlasst, sich an einer Medienkonferenz mit den Muslimen zu solidarisieren. Dazu wäre es nicht gekommen, wenn die SVP bloss Handlungen einzelner Muslime angegriffen hätte, hiess es in einer gemeinsamen Erklärung, die SP-Generalsekretär Peter Kyburz verlas. «Wenn aber die Angehörigen einer ganzen Religion als Bedrohung dargestellt werden, dann ist der Punkt erreicht, an dem wir sagen: So nicht.» Die Parteien stellten sich auf die Seite der Muslime, weil diese sich nicht wehren könnten. Ismail Amin, Präsident der Vereinigung der islamischen Organisationen Zürich (Vioz), zeigte sich entsetzt über das Inserat. Es schüre Ängste und gefährde das friedliche Zusammenleben. Religion und Politik auf diese Weise zu vermengen stehe in Widerspruch zur Religionsfreiheit, so Amin.

### Zweifel an Aktion

Nicht allen war es bei ihrer öffentlichen Solidaritätsbezeugung ganz wohl. Er sei sich bewusst, dass der SVP-Propaganda so eine zusätzliche Plattform gegeben werde, sagte Kyburz. Doch bei solchem Mass an Verletzungen sei es wichtig, dagegen anzutreten. Unsinn, meint dagegen Kurt Imhof, Medien-soziologe an der Universität Zürich. «Die SVP rechnet seit Jahren mit der moralischen Empörung der politischen Gegner, um selber die Themenhoheit halten zu können.» Die Parteien hätten die Inserate in seinen Augen ignorieren und die eigenen Vorschläge zur Eingliederung von Ausländern propagieren sollen. Denn Integrationsprobleme gebe es bei jeder Form von Einwanderung. «Ein sinnvolles politisches Programm thematisiert darum diese Probleme, nicht die Kampagne der Gegner», sagt Imhof.

SP-Mann Kyburz hätte es gerne gesehen, wenn sich auch die Freisinnigen der Erklärung angeschlossen hätten. Doch die FDP, die momentan mit der SVP unter dem Slogan «4 gewinnt» für ihre vier Regierungsratskandidaten wirbt, mochte nicht. Sie wolle sich nicht wegen politischer Stilfragen von der SP instrumentalisieren lassen und lieber über Inhalte

diskutieren, sagt Parteipräsidentin Doris Fiala. Und verweist auf eine von der FDP organisierte Podiumsveranstaltung Anfang März, in der das Thema «Muslimische Zuwanderung in Europa» «mutig und konstruktiv» diskutiert werden soll. Angekündigt sind unter anderem der Politologe Bassam Tibi und - pikanterweise - der Basler Historiker Georg Kreis. Der Präsident der AntiRassismus-Kommission hat schon öfters die fremdenfeindliche Propaganda der SVP kritisiert und ist für die FDP-Wahlpartnerin deshalb ein rotes Tuch. Dass die SVP heute gegen Muslime polemisiert, kommt nicht überraschend. Denn erstens sei die «Problematisierung des Islam rechtspopulistischer Mainstream in Europa», sagt Imhof. Und zweitens hat die Ausgrenzung von fremden Minderheiten bei der SVP Tradition. Dabei wurden mal Tamilen, mal Asylbewerber, mal Albaner verunglimpft. Das Ziel blieb immer dasselbe: die Herstellung von nationaler Identität. «Die SVP macht das seit den frühen 80er-Jahren in Zürich und seit den 90er-Jahren auf nationaler Ebene mit ununterbrochenem Erfolg.» | RETO FLURY